

HIRSCHBERG

ISSN 1432-8305 | Jahrgang 71 | Ausgabe 07/08 | Juli - August 2018



ERINNERUNG MACHT ZUKUNFT
ND-Kongress 2018 in Dresden

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Bundesgeschwister,

warum nicht das Elbpanorama auf dem Titel? Nun, Dresden ist mehr als sein Postkartenmotiv. Wie Deutschland nicht Neuschwanstein ist. Es geht ums Ganze, oder zumindest um viele Facetten davon, die seine Konturen erahnen lassen. Selbstverständlich nimmt ein einwöchiger ND-Kongress in Dresden mehr wahr als ein Stück Uferpromenade. Und, man mag es bedauern oder nicht, die gegenwärtige Zeit lässt sich weder an alten noch neuen Barockfassaden betrachten. Also den Blick weiten und zugleich genauer auf Details schauen, Überlieferungen und Erinnerungen einbeziehen, Schönes und Hässliches registrieren, die Zeit, die Umgebung, darin sich selbst besser erkennen. Vielleicht lässt sich Zukunft dann so vorbereiten, dass nicht noch einmal aus Trümmern Schönes aufgebaut werden muss.

Martin Jung



▶ EDITORIAL Martin Merz	398
▶ GEISTLICHES WORT	
Erinnerung 2 Offenbarung 21,1 – 5a	401
▶ ERDGESCHICHTE	
Was Staub und Radioaktivität über Vergangenheit und Zukunft verraten Gerd Weckwerth	404
▶ MENSCHENGESCHICHTE	
Die Friedliche Revolution in Dresden Herbert Wagner	410
Versöhnung und Freiheit – Perspektiven für Europa Helmut Renöckl	416
▶ WIRTSCHAFT MACHT	
Nach uns die Sintflut? Bartosz Bartkowski	428
Wirtschaft ohne Wachstum? Markus Grimm	433
Nachhaltige Mobilitätsentwicklung – soll das etwas Neues sein? Udo J. Becker ...	439
▶ POLITIK MACHT	
Populistische Kontinuitäten Josef Becker, Maren Behrens	446
Gibt es in Deutschland eine Leitkultur, sollte es sie geben, mit welchen Inhalten? Ludwig Hecke	455
»Unsere Heimat ist im Himmel« Gregor Buß	461
Nächstenliebe – ein politisches Programm? Bernhard Laux	474
▶ GLAUBE ERINNERT ZUKUNFT	
Neue Politische Theologie: Identität aus Gotteserfahrung? Johannes Sabel	480
Politische Theologie in Sachsen Inga Schütte	492
Hoffnung und Sehnsucht in den abrahamitischen Religionen Hubertus Staudacher	494
▶ GLAUBE MACHT ZUKUNFT	
Die Gemeinschaft Sant'Egidio und der Friede Matthias Leineweber.....	498
Psychiatrieseelsorge und christliches Menschenbild Christina Kumpmann	503
▶ MACHT KIRCHE ZUKUNFT	
Zuversicht ohne Gott ist Realität Eberhard Tiefensee	508
Radikaler Perspektivenwechsel zum Neuanfang des Kirche-Seins Richard Hartmann	516
▶ ZUKÜNFTIGES	
Anzeige: 90 Jahre ND und KSJ auf der Marienburg	524
PapperlaPub – JugeND macht Zu(sammen)kunft	525
Jubiläums-ND-Kongress 2019	526

Populistische Kontinuitäten

Auf dem Bundeskongress des ND hatten wir im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema »Christen und der Rechtspopulismus« die Gelegenheit, die am Institut für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität in Münster angefertigte Studie zum Vergleich von Katholischer Soziallehre und AfD-Programmatik vorzustellen.¹ Die Studie belegt grundlegende Differenzen sowohl auf der Ebene einzelner Politikfelder (Migration, Europa, Wirtschafts- und Sozialpolitik, ökologische Frage) als auch auf der Ebene der zugrundeliegenden Weltanschauung. Die für die Katholische Soziallehre grundlegenden Prinzipien Personalität und Solidarität kommen als Begriffe im AfD-Programm gar nicht, das Subsidiaritätsprinzip nur in polemischer Abgrenzung zum EU-Zentralismus vor. Auch angesichts der fortschreitenden »rechten Häutungen« der AfD kann über die fundamentale Unvereinbarkeit auf inhaltlicher Ebene kein Zweifel bestehen. Allerdings bedeutet dies nicht, dass sich das katholische Christentum der »populistischen Versuchung« entziehen kann.

Dies wurde uns bei der Vorstellung der Studie noch einmal besonders deutlich: Auf der einen Seite scheinen diejenigen Katholik*innen, die durch das Erstarken der AfD verunsichert sind, die Frage umzutreiben, ob und wie man mit AfD-Mitgliedern in den eigenen Gemeinden re-

den kann (eine Frage, die unsere Studie weder beantworten kann noch will). Auf der anderen Seite haben diejenigen Verunsicherungen, mit denen die AfD Stimmung macht, auch innerhalb vieler Kirchengemeinden eine Wirkung. So erregen zum Beispiel Meldungen über die »weltanschaulich neutrale« Umbenennung christlicher Feste in Schulen und Kindertagesstätten Besorgnis bei Menschen, die eigentlich den Politikstil der AfD ablehnen würden.

»Die für die Katholische Soziallehre grundlegenden Prinzipien Personalität und Solidarität kommen als Begriffe im AfD-Programm gar nicht, das Subsidiaritätsprinzip nur in polemischer Abgrenzung zum EU-Zentralismus vor.«

Josef Becker
Maren Behrensen

Umgekehrt setzen viele rechte Bewegungen auf Strategien, die ihre Forderungen auch im konservativen »Mainstream« anschlussfähig machen sollen. »Gender« und »Lebensschutz« funktionieren inzwischen seit gut zehn Jahren als Brückenthemen, mit denen sich Populisten und Extremisten auch in kirchlichen Kreisen Gehör verschaffen – ohne dabei nationalistisch oder »rechts« auftreten zu müssen.² Ähnliches gilt zunehmend auch für die Themenfelder Flucht und Migration:

Hier werden Positionen, die noch vor Jahren oder Monaten allein von der AfD vertreten wurden, inzwischen von der so oft beschworenen ›gesellschaftlichen Mitte‹ akzeptiert.

»Positionen, die noch vor Jahren oder Monaten allein von der AfD vertreten wurden, werden inzwischen von der so oft beschworenen ›gesellschaftlichen Mitte‹ akzeptiert.«

Damit wird Populismus zu einem Problem, mit dem sich die Kirche auch intern auseinandersetzen muss – und dabei lässt sich das Phänomen Populismus nicht auf die AfD (und noch weiter rechts stehende Gruppierungen) beschränken. Populismus hat inzwischen eine gesellschaftliche Wirkungsmacht entwickelt, die Parteigrenzen weit überschreitet. Diese These wollen wir im Folgenden näher erläutern.

► Schwierigkeiten mit dem Populismusbegriff

Das Problem mit dem Populismus ist sein diffuser Charakter. Weil er auf den ersten Blick nicht auf einer starken Weltanschauung basiert, ist er für unterschiedliche politische Programmatiken anschlussfähig. Dass der Begriff eher (polemische oder wissenschaftliche) Fremdzuschreibung als Selbstbezeichnung ist, macht die Abgrenzung des Phänomens ›Populismus‹ schwierig. Eine vielbeachtete Begriffsbestimmung hat der

in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan Werner Müller mit dem Essay »Was ist Populismus?« vorgelegt. Er macht folgende zentrale Merkmale von Populismus aus: Anti-Establishment-Haltung, Antipluralismus und moralischer Alleinvertretungsanspruch des Volkes.³ Das Volk erscheint dabei als eine mit einer homogenen Identität ausgestattete Größe mit einheitlichem Willen, den es zu erkennen und umzusetzen gelte. Worin die homogene Identität bestehen soll, lässt sich trotz Schlagwörtern wie »deutsche Leitkultur« oder »christliches Abendland« nur *via inimica* bestimmen; sie basiert auf Abgrenzung nach außen und kann über religiöse (gegen den Islam), kulturelle (gegen ›rückständige‹ Kulturen oder ›Multikulti‹) oder gesellschaftspolitische (gegen die ›68er‹) Vehikel erfolgen. Eine besonders erfolgreiche Strategie ist dabei die Besetzung von Themen »mit hohem Erregungspotenzial«⁴, verbunden mit einer Rhetorik des ›gesunden Menschenverstands‹, die die Forderung nach Maßnahmen im Sinne des behaupteten ›Volkswillens‹ unterfüttert. Dabei erinnert die Faszination für eine in Erregung und Bewegung versetzte Masse an faschistisches Denken⁵ – nicht grundlos sind etwa Donald Trumps öffentliche Auftritte bei Massenveranstaltungen mit der Propaganda der 1930er Jahre verglichen worden.

Die AfD hat vorgeführt, wie mit Populismus Wahlerfolge erzielt werden können. Sie konnte sich aber auch an einer Vielzahl an Vorbildern orientieren.

Dazu zählen etwa die Schill-Partei (PRO) in Hamburg und auf europäischer Ebene Parteien wie die FPÖ in Österreich oder der Front National in Frankreich. Hinzu kommt, dass die AfD auch an Begriffsbildungen anschließen kann, die von Vertretern des demokratischen Parteienspektrums forciert wurden: etwa die Debatten darüber, ob ›der Islam‹ ›zu Deutschland gehört‹, was die deutsche ›Leitkultur‹ sei, oder die von Horst Seehofer gebetsmühlenartig wiederholte Warnung vor einer ›Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme‹. In den aktuellen Entwicklungen sind diese populistischen Kontinuitäten in den öffentlichen Debatten wieder sehr deutlich zu beobachten, wie wir an den folgenden Beispielen deutlich machen wollen.

► **Die Diskussion um die Entscheidungspraxis in der Bremer BAMF-Außenstelle**

Ende April machten Meldungen über Tausende falsch beschiedene Asylentscheide in der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Runde. Dabei hieß es, dass die im Vergleich ungewöhnlich hohe Zahl positiver Bescheide zwischen 2013 und 2016 auf von der Bremer BAMF-Außenstellenleiterin angeordnetes oder geduldetes Fehlverhalten bei der Durchführung der Verfahren zurückzuführen sei. Wegen »bandenmäßiger Verleitung zu missbräuchlicher Asylantragstellung« nahm

die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Leiterin der Behörde sowie fünf weitere Beschuldigte auf. Nach und nach wurde publik, dass sowohl in der Nürnberger Zentrale des BAMF wie auch im Bundesinnenministerium Hinweise auf Unregelmäßigkeiten in Bremen eingegangen waren. Schnell wurde daraus ein bundesweiter »BAMF-Skandal«, der entsprechendes Handeln des Bundesinnenministeriums (Entlassung der BAMF-Chefin Jutta Cordt) wie auch des Bundestags (Befragung der Beteiligten im Innenausschuss) nach sich zog. In Talkshows wurde erörtert, wie es zum »Staatsversagen« (*Maybrit Illner* vom 31. Mai 2018) habe kommen können und ob es sich um einen »Einzelfall oder einen Systemfehler« (*Anne Will* vom 27.05.2018) gehandelt habe.

»Mindestens ebenso wie die Aufklärung der Vorgänge in der Bremer BAMF-Außenstelle muss uns die Frage beschäftigen, wie aus einer Angelegenheit, die sich offenbar nicht auf mehrere Tausend, sondern einige Hundert Fälle beschränkt, ein bundespolitischer ›Skandal‹ mit weitreichenden personellen Konsequenzen werden konnte.«

Mindestens ebenso wie die Aufklärung der Vorgänge in der Bremer BAMF-Außenstelle muss uns aber die Frage beschäftigen, wie aus einer Angelegenheit, die sich offenbar nicht auf mehrere Tausend, sondern eini-

ge Hundert Fälle beschränkt, ein bundespolitischer »Skandal« mit weitreichenden personellen Konsequenzen werden konnte. Die tatsächlich bestehenden Missstände im BAMF, wie etwa der massive Personalmangel und die Anstellung unqualifizierten Personals (die zu extremen Wartezeiten und falsch negativ beschiedenen Anträgen beitrugen) wurden kaum thematisiert. Vielmehr schien es so, als würde hier (›endlich‹) bestätigt, was über Stichworte wie »Asylmissbrauch« oder »Asyltourismus«, »Wirtschaftsflüchtling«, »Scheinasylant« oder »Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme« seit über 30 Jahren zwar nicht kritiklos hingemommen, aber doch fester Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Diskussionen ist.

► Die Debatte um das Framing in Talkshows der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender

Anfang Juni wurde zunächst in den Sozialen Medien (Twitter) massive Kritik an der Themenwahl und Besetzung der großen Talkshows der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender (*hart aber fair*, *Anne Will*, *Maybrit Illner* und *Maischberger*) laut. In kurzer Folge hatten alle vier die Themen Zuwanderung, Asyl, Islam auf die Tagesordnung gesetzt. Bei *hart aber fair* wurde am 04. Juni 2018 über dieses Thema diskutiert: »Junge Männer, geflohen aus Krieg und archaischen Gesellschaften – für viele hierzulande Grund zu Sorge und Angst. Können solche Flüchtlinge über-

haupt integriert werden? Wie unsicher wird Deutschland dadurch?« *Maischberger* lud am 06. Juni 2018 zur »Islamdebatte: Wo endet die Toleranz?« Zusammen mit Talkrunden bei *Maybrit Illner* und *Anne Will* zu den Vorgängen in Bremen ergab sich das Bild einer – mindestens unglücklichen – einseitigen Themenfokussierung. Auf die kritische Anfrage eines Twitter-Users noch vor Ausstrahlung der Sendung reagierte die *hart aber fair*-Redaktion mit der Antwort: »Framing? Als Journalisten können wir mit diesem Begriff wenig anfangen. Wir versuchen das, was Menschen beschäftigt, so darzustellen, wie es ist.«⁶ Das brachte ihr nicht nur Spott ein, sondern entzündete auch eine Debatte über *Framing* in den Medien.

»Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob von einem ›BAMF-Skandal‹ oder von Auffälligkeiten in einer Behörde gesprochen wird und ob von ›dem Islam‹ ausschließlich im Zusammenhang mit Gewalt und Terror gesprochen wird oder auch in anderen Zusammenhängen.«

Der Begriff *Framing* wird in den Kulturwissenschaften verwendet.⁷ Mit *Frame* wird ein kognitiver Zusammenhang benannt, der durch die Anordnung von Begriffen erzeugt wird. Je häufiger diese Begriffe zusammen aufgerufen werden, desto nachhaltiger werden sie im Denken verankert. Das bedeutet auch, dass mit bewusstem oder unbewusst-

tem *Framing* Einfluss auf politische Debatten genommen werden kann. Es macht also sehr wohl einen Unterschied, ob von einem »BAMF-Skandal« oder von Auffälligkeiten in einer Behörde gesprochen wird und ob von »dem Islam« ausschließlich im Zusammenhang mit Gewalt und Terror gesprochen wird oder auch in anderen Zusammenhängen. In diesem Sinne ist die Untersuchung von *Framing* Sprachkritik.

In der *taz* wurde etwa die These vertreten, die Talkshows hätten mit ihrer Überbetonung des Themenkomplexes Flüchtlinge und Islam seit 2015 dafür gesorgt, dass die AfD stets mit am Tisch sitze, ohne selbst anwesend zu sein.⁸

Bei der Sichtbarmachung von *Frames* geht es allerdings nicht darum, einen linearen Zusammenhang von Ursache und Wirkung zu behaupten (also in dem Sinne, dass die Medien »Schuld« am Erfolg der AfD trügen). Vielmehr ist auffällig, wie geläufig populistische Frames im politischen *Mainstream* sind, und wie wenig das denjenigen bewusst ist, die sie benutzen.

► Der Asylstreit in der Union

Seit Mitte Juni hält der Streit um den »Masterplan Migration« des Innenministers Horst Seehofer in der Union die ganze Bundesrepublik in Atem. Erstaunlicherweise scheint bis auf den Innenminister selbst diesen Plan (*auch noch Anfang Juli; d. Red.*) niemand

in seiner Gänze zu kennen. Das, was bisher bekannt geworden ist, scheint mit geltenden asyl-, verfassungs- und europarechtlichen Bestimmungen kaum vereinbar zu sein.

»Inhaltlich und stilistisch ist nicht mehr zu erkennen, wo sich die CSU von der AfD abgrenzen will – und man darf sich fragen, wie weit die CSU noch gehen will, um Wähler*innen von der AfD zurückzugewinnen.«

Mit reichlich Unterstützung aus Bayern, wo die CSU die Landtagswahlen im Herbst mit absoluter Mehrheit gewinnen will, ist Seehofer bereit, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, die Bundesregierung und wesentliche Bestandteile der europäischen Zusammenarbeit in Frage zu stellen – womöglich auch, um zu beweisen, dass seine Partei nach wie vor keine andere »demokratisch legitimierte Partei rechts der Union« (Franz-Josef Strauß) duldet. Wenn Markus Söder von »Asyltourismus« spricht und eine »Wende in der Asylpolitik« fordert, Alexander Dobrindt gegen die »Anti-Abschiebe-Industrie« wettet oder über eine »Konservative Revolution« sinniert und die CSU insgesamt Horst Seehofer an einer »Achse der Willigen« mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz arbeitet, dann ist inhaltlich und stilistisch nicht mehr zu erkennen, wo sich die CSU von der AfD abgrenzen will – und man darf sich fragen, wie weit die CSU noch

gehen will, um Wähler*innen von der AfD zurückzugewinnen. Wann schlägt ihre populistische Strategie der Machterhaltung um in offene Demokratieverachtung?

Mit dem heute Morgen (29. Juni 2018) verkündeten Ergebnis des EU-Gipfels, das die Einrichtung von Internierungslagern für geflüchtete Menschen innerhalb und außerhalb der EU vorsieht, hat die Strategie der CSU und anderer populistischer und nationalistischer Bewegungen einen Erfolg verbucht: der politische Diskurs in Europa ist nachhaltig so weit nach rechts verschoben worden, dass Maßnahmen, die noch vor fünf Jahren keinesfalls mehrheitsfähig gewesen wären, jetzt allgemeine Zustimmung finden (und nur noch an der fehlenden Bereitschaft der Länder außerhalb der EU scheitern können, diese auch umzusetzen). Was diese Entwicklung besonders besorgniserregend macht, ist, dass es »liberale« Regierungen waren (Niederlande, Schweden, Spanien, Frankreich), die diesen Kurs maßgeblich angeregt und mitgetragen haben.

► **Das »Vorrunden-Aus« der deutschen Mannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft**

Auch am scheinbar unpolitischen Thema Sport lassen sich populistische Kontinuitäten aufzeigen. Mit der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland (»Zu Gast bei Freunden«) breitete sich in Deutschland ein »Wohlfühlpatriotis-

mus« aus, dessen politische Folgen bis heute nicht absehbar sind. Der Antisemitismusforscher Clemens Heni vertritt die These, dass es ohne »2006 nicht in diesem Ausmaß zu Pegida gekommen [wäre], und ohne Pegida gäbe es keine AfD in dieser Form.«⁹ Schon 2006 verlangte die NPD eine »echte« deutsche, also »weiße« Nationalmannschaft – damals wurde sie noch von den meisten belächelt.

»Sehr bezeichnend ist, dass die mediale Stimmungsmache gegen Özil und Ilkay Gündoğan nach ihrem Auftritt mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan überhaupt keiner Unterstützung mehr durch die AfD bedurfte.«

In den letzten Jahren haben AfD-Führungskräfte häufiger gegen bestimmte Nationalspieler agitiert: Weidels Auslassungen über Mesut Özils Pilgerfahrt nach Mekka, Gaulands Auslassungen darüber, dass »die Deutschen« Jérôme Boateng nicht als Nachbarn wollten. Aber noch viel bezeichnender ist, dass die mediale Stimmungsmache gegen Özil und Ilkay Gündoğan nach ihrem Auftritt mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan überhaupt keiner Unterstützung mehr durch die AfD bedurfte. Lothar Matthäus etwa behauptete in der *BILD*, dass sich Özil im Nationaltrikot nicht mehr wohlfühle, und es wurde auch in Mainstream-Medien diskutiert, ob Özil und Gündoğan überhaupt für die Weltmeisterschaft nominiert werden sollten. So konnte schließlich auch das für viele völlig

unerwartete Scheitern in der Vorrunde umgedeutet werden: als Scheitern der Integrationspolitik. Auch in diesen Debatten wurde so ein populistischer *Frame* aktiviert: das angebliche Versagen von ›Multikulti‹.

► **Wie als Christ*in mit populistischen Kontinuitäten umgehen?**

Es mag banal klingen, aber im Moment scheint nichts so sehr geboten wie die Aktivierung und Kultivierung der Fähigkeit zur selbstkritischen Besinnung. Das bedeutet: Den Fokus nicht nur auf die AfD richten und sich darum bemühen, die ›verlorenen Schafe‹ zurückzuholen, sondern fragen, wo Populismus in über Jahrzehnte eingeübter politischer und diskursiver Praxis anschlussfähig oder sogar vertraut ist. Aufmerksamkeit für Frames entwickeln und sich bewusst machen, ob und wie stark sie das eigene Denken beeinflussen und sich auf die Beurteilung politischer Probleme auswirken.

»Im Moment scheint nichts so sehr geboten wie die Aktivierung und Kultivierung der Fähigkeit zur selbstkritischen Besinnung.«

Und nicht zuletzt: Sich die Frage stellen, welche Wirkungen populistisches Sprechen und Handeln auf diejenigen haben, die von konkreten Maßnahmen existentiell betroffen sind, etwa: Migrant*innen und geflüchtete Menschen.

Verweise

1 Marianne Heimbach-Steins, Maren Behrensen, Josef Becker (Münster) und Alexander Filipović und Teresa Wasserer (München). 2017. Grundpositionen der Partei Alternative für Deutschland und der Katholischen Soziallehre im Vergleich (ICS-Arbeitspapiere Nr. 8). Münster.

2 Juliane Lang. 2015. Familie und Vaterland in der Krise: Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hg.). Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 167-181.

3 Müller, Jan Werner. 2016. Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp, 129.

4 Lesch, Walter. 2017. Religion und Populismus: blinde Flecken der Wahrnehmung. In: Lesch, Walter (2017): Christentum und Populismus. Klare Fronten? Freiburg i. Br. (u. a.): Herder, 12-25, 15.

5 Vgl. Brumlik, Micha. 2016. Das alte Denken der Neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60(3), 81-92.

6 Tweet einsehbar unter: <https://twitter.com/hartaberfair/status/1003350066814443520?s=19>, erstellt 03. Juni 2018/abgerufen 25.06.2018

7 Vgl. Wehling, Elisabeth. 2016. Politisches Framing. Wie sich eine Nation ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln: Halem.

8 Le, Nhi (2018): Das »Wir« und das »Die«, online unter <<http://www.taz.de/!5508728/>>, erstellt 08.06.2018/abgerufen 25.06.2018.

9 Thorwarth, Katja, 2017. »Sommermärchen bereitetete der AfD den Boden.« Interview mit Clemens Heni in der Frankfurter Rundschau, online unter <http://www.fr.de/kultur/antisemitismus-sommermaerchen-bereiteteder-afd-den-boden-a-1409276>, erstellt am 17.12.2017/abgerufen am 02.07.2018.

Josef Becker

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der WWU Münster.

Dr. Maren Behrensen

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der WWU Münster.

Josef Becker und Dr. Maren Behrensen sind Ko-Autoren der lesenswerten, von Bischöfen angeforderten und angenommenen, und für eine fundierte christliche und katholische Sicht auf die Rechtspartei wichtigen Studie **»Grundpositionen der Partei Alternative für Deutschland und der Katholischen Soziallehre im Vergleich«**. Sie gibt es nicht nur als Printprodukt, das in Anmerkung 1 als Quelle angegeben ist, sondern auch vollständig im Internet zu lesen auf

https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fb2/c-systematischeheologie/christlichesozialwissenschaften/heimbach-steins/ics-arbeitspapiere/ics_ap_8_afd_kathsl.pdf

Wem diese Angabe zu lang für das Eingeben ist, sei dieser Wieg empfohlen:

Auf der Seite des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften – <https://www.uni-muenster.de/FB2/ics> –

oben zu »Publikationen«,

auf der Seite »Publikationen« in der Mitte zum Kasten »Sozialethische Arbeitspapiere des ICS« und darin die Nr. 8 öffnen, darin die erste Zeile mit dem Titel der Studie anklicken, die sich dann als PDF-Dokument öffnet.

